

Bochumer Studenten Zeitung

Jahrgang 1 / 1967

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) an der Ruhr-Universität

Nr. 5 / 3. Mai 1967

Geheuchelte Demokratie

Das studentenfeindliche Verhalten einiger westdeutscher und westberliner Professoren in den letzten Wochen ist nicht zufällig. Vielmehr regt sich nur wieder jener autoritäre und hierarchische Geist, der die Selbstreform der deutschen Universität verhindert.

Durch Drohungen und Maßregelungen anachronistischer Disziplinarordnungen wird politische Willensbildung und demokratische Mitverantwortung der Studenten am Schicksal der Universität unterdrückt.

Die beim Wiederaufbau der deutschen Universitäten unter dem Eindruck des Faschismus als notwendig erachteten Reformen, besonders was die studentische Mitbestimmung angeht, werden nur noch als formalgerechtes demokratisches Aushängeschild angesehen.

Am liebsten würde die studentische Interessenvertretung von einigen Professoren vollkommen auf das beschäftigungstherapeutische Spiel einer Formaldemokratie zurückgedrängt.

Als Maxime gilt dann die vage Auskunft, zwischen Studenten und Professoren bestehe nun einmal ein „Unterschied“. Welcher denn, der etwas rechtfertigt?

Aus dem Komparativ — der kompetenteren wissenschaftlichen Erfahrung der Professoren — wird das Absolutum: Studenten sind nicht urteilsfähig. Von daher ist es nicht mehr schwer, ihnen gleich ganz die demokratische und staatsbürgerliche Gleichberechtigung abzusprechen.

Folglich sollen sie, sogar wo es um ihre ureigenen Angelegenheiten geht, nur gehört werden — aber mit Entscheidung, das geht zu weit. Wie ein prominenter Professor der Ruhr-Universität einmal gegenüber Studentenvertretern treffend sagte: „Für präzise Anregungen sind wir immer zu haben; aber wenn sie sie nicht durchsetzen können, dürfen sie sich nicht wundern...“

Da spukt immer noch ein geheimes Erziehungsideal, welches das allein notwendige Training zum kritischen Denken sabotiert. Dieses Vater-Sohn Klischee, dieses patriarchalische Verhältnis zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden muß zwangsläufig zur Verfestigung der hierarchischen Struktur der Universität führen anstatt zu ihrer demokratischen Neugliederung.

Die Chance einer neuen Universität, die Chance der Ruhr-Universität liegt darin, diese Reform radikal zu wollen.

Daß sie aber noch eine Galgenfrist hat, das sollten vor allem die neuimmatrikulierten Studierenden wissen, meint

Ihr

Roland Emrich

AStA gegen Ehrensensator

In einem Brief an den Rektor der Ruhr-Universität hat der Vorstand der Studentenschaft erneut zu der Ernennung Prof. Wenkes, des ehemaligen Vorsitzenden des Gründungsausschusses, zum Ehrensensator Stellung bezogen, nachdem am 11. April zwischen beiden Seiten ein Gespräch darüber stattgefunden hatte. Die Auffassungen blieben weiterhin konträr.

Rektor, Prorektor und Rektor Designatus meinen, daß die „Ernennung“ zum Ehrensensator eine Angelegenheit sei, für die die Verfassung der Universität keine Kompetenz der Studentenschaft vorsieht. Die Bochumer Studentenvertretung vertrat in dem Schreiben die Auffassung,

- sie könne „schlechterdings einen Beschluß guthießen an dessen Zustandekommen von studentischer Seite niemand beteiligt war“;
- sie sehe sich außerstande, „die Persönlichkeit und wissenschaftliche Leistung Professor Wenkes zweifelsfrei zu würdigen“;
- schließlich könne Prof. Wenke „nur mit Vorbehalt attestiert werden“, sich für die Studentenvertretung „in wünschenswertem Maße“ eingesetzt zu haben.

Daß man den Maßstab nicht so absolut setzen müsse wie die Studentenvertretung es getan hat, diese Ansicht vertritt Dr. Kübler (vergl. S. 2), der Persönliche Referent des Rektors.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Interview mit Professor Lübke

Seite 2

Wieder Krawalle an der FU Berlin

Seite 3

Universitätsverwaltung wird nicht mit dem Computer fertig

Es ist möglich, daß einige Studierende ihre Urabstimmungskarten noch nicht erhalten haben. Der Computer hat zum Teil nicht alle Adressenänderungen erfaßt. Die Betroffenen werden gebeten, im Sekretariat der Studentenschaftsbaracke vorzusprechen. Es betrifft nur die im Wintersemester eingeschriebenen Studierenden.

Die Studierenden der Ruhr-Universität haben bisher recht zwiespältige Erfahrungen mit der angeblich so modernen Universitätsverwaltung gemacht. Falsch ausgestellte Rechnungen, die zu spät oder überhaupt nicht kamen, waren in der letzten Zeit keine Seltenheit. Bei einer normal funktionierenden Datenverarbeitungsanlage, wie die Ruhr-Universität sie besitzt, dürften solche Pannen nicht passieren. Dabei wird der Computer von der Universität noch nicht einmal voll ausgelastet, sondern zum Teil von Bochumer Industriefirmen noch mitbenutzt. Deshalb stellte die BSZ vor einiger Zeit schon die Frage, wo der „Sand im Getriebe“ sei.

Der Sozialreferent der Studentenschaft berichtete folgende kennzeichnende Begebenheit: er wollte die Zahl der verheirateten Studierenden des vergangenen Semesters wissen. Auf telefonische Anfrage erklärte sich das Büro der Bochumer Datenverarbeitungsanlage außerstande, das Material zu liefern.

Daraufhin rief er beim statistischen Landesamt in Düsseldorf an. Und es stellte sich heraus, daß man dort besser über Bochum Bescheid wußte als am Ort selbst. Innerhalb von wenigen Minuten konnte eine differenzierte Statistik geliefert werden...

Seit einiger Zeit sind nun die Stellen für die Problemanalyse und der Programmierung von neuen Männern besetzt. Herr Camiel und Herr Neuhaus sind vom Staatshochbauamt vorerst „ausgeliehen“, Herr Seelbach ist angestellt und kommt von Siemens. Die BSZ fragte sie nach ihren ersten Erfahrungen.

„Die Programmierungsarbeit der letzten zwei Jahre ist praktisch wertlos geworden durch die vielen Änderungen von Leuten, die nicht sehr viel davon verstanden“, erfahren wir. Der Bedienung der Datenverarbeitungsanlage könne man kaum einen Vorwurf machen. „Wir bekommen von der Verwaltung einfach nicht das Material, das wir brauchen.“

Um eine statistische Masse für den Computer aufzuschlüsseln, braucht man natürlich zunächst speziell angelegte Fragebogen, die von jedem Studierenden auszufüllen sind und ein Programm, das von vornherein alle denkbaren und erwünschten Merkmale kennt. Bislang ist nichts davon geschehen. Die Verwaltung läßt immer noch mittelalterliche Karteikarten anlegen, mit denen der Rechner wenig anfangen kann.

Herr Seelbach sagte, in diesem Semester wäre es möglich gewesen, die Programme wieder brauchbar zu machen. Die Herren haben bisher drei Entwürfe eines Fragebogens vorgelegt. Nun wird es wieder Ende Mai, ehe darüber entschieden ist, möglicherweise von unkompetenter Seite.

Offenbar wird eine moderne Verwaltung der Ruhr-Universität durch Unkenntnis der Verwaltung selbst über die Möglichkeiten und die Funktion der Datenverarbeitung verhindert.

Die geheimen Gründe sind:

- man will Personal einsparen, obwohl der Computer nur von mechanischer Arbeit entlastet, nie aber selbständig Arbeit übernehmen kann;
- bei den Bediensteten der Verwaltung herrschen psychologische Vorbehalte (Furcht um den Arbeitsplatz). Folge: man macht sich keine Gedanken, wie die Arbeit rationalisiert werden könnte;
- die Sachkenntnis der Analytiker und der Programmierer vermag sich oft gegen das hierarchische Verhältnis nicht durchzusetzen: die Universitätsverwaltung hat Beamte, die Bedienung des Computers ist „nur“ angestellt.

„An sich“, sagte Herr Seelbach, „ist die Datenverarbeitung ein kinderleichtes Spiel. Aber das mache man älteren Herrschaften mal begreiflich. Es passiert, wenn wir kommen und fragen, „Bitte schön, welche Arbeit können wir Ihnen abnehmen?“ daß wir dann sinngemäß die Antwort erhalten: „Bis zu meiner Pensionierung keine!“

Die BSZ schlägt vor: für die Universitätsverwaltung werden obligatorische Vorlesungen über die Datenverarbeitung angesetzt.

-oe-



DIE SAGE vom „programmierten Studenten“ der Ruhr-Universität ging von diesem Belegautomaten aus. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die Universitätsverwaltung die Vorteile ihrer Datenverarbeitungsanlage offenbar nicht recht zu nutzen wußte. Foto: Heinz Lohoff

Werden den Worten auch Taten folgen?

Das herausragende Ereignis für die Ruhr-Universität zu Beginn des Sommersemesters ist zweifellos der Abschluß des Partnerschaftsabkommens zwischen ihr und der französischen Universität Orléans-Tours. Gegenwärtig (vom 1. bis zum 5. Mai) sind Delegationen von Professoren und Studenten Gäste des Rektors beziehungsweise des AStA.

Das Treffen wird sich mehr oder weniger en famille vollziehen. Auf dem Programm stehen Empfänge, Theater- und Konzertbesuche, Besichtigungen und Besuche von Vorlesungen befreundeter Kollegen.

Die Studentendelegation ist teilweise in das offizielle Programm miteinbezogen, zum anderen Teil wird sie Gelegenheit nehmen, sich in Gesprächen mit Studentenvertretern und Vertretern der Hochschulgruppen über das Leben der Studentenschaft an der Ruhr-Universität zu informieren.

Der eigentliche Anlaß ist jedoch die Unterzeichnung eines — allerdings noch allgemein gehaltenen — Partnerschaftsabkommens durch die beiden Rektoren während einer Feier-

stunde am Freitagmorgen im Schauspielhaus. Vorausgehen wird am Mittwochabend die Unterzeichnung eines Vertrages zwischen der Studentenschaft an der Ruhr-Universität und der allgemeinen Studentenvereinigung (AGEO) der Universität Orléans-Tours, der die künftigen Beziehungen regeln soll.

Die Studentenvertretung betrachtet aber gerade das als den Kern solcher Abkommen: verbindliche Abmachungen über gegenseitige Stipendien, Austausch von Studierenden, Dozenten und Professoren, gegenseitige Ergänzung der Lehr- und Forschungsprogramme.

Deshalb hat sie versucht, auf die gegenseitigen Abmachungen Einfluß zu nehmen. Allzu leicht steht der äußere Aufwand solcher Unternehmungen im umgekehrten Verhältnis zur tatsächlichen Wirklichkeit.

So passiert eine Partnerschaft erfahrungsgemäß meistens nur zwischen den Romanisten diesseits und den Germanisten jenseits der Grenze. Die Studenten bleiben zu Hause, weil sie kein Semester „verlieren“ wollen.

- Die Bochumer Studentenvertretung ist jedoch gewillt, mit ihren französischen Partnern den schönen und steifen Feierlichkeiten Taten folgen zu lassen. Die BSZ wird in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

Mehr als 700 Neue

BOCHUM (BSZ) — Bis zum 25. April hatten sich an der Ruhr-Universität 630 Studierende und 43 Gasthörer neu eingeschrieben. Demgegenüber standen 351 Exmatrikulationen. Von den beurlaubten Studenten haben allein 65 die Einberufung zur Bundeswehr als Grund angegeben.

Bis zum Ende der Einschreibungsfrist (10. Mai) rechnet das Sekretariat der Universität mit weiteren möglichen 250 Zugängen. Damit dürfte die Zahl der Ruhr-Studenten insgesamt knapp 5000 betragen.

Einlaßkarten für die Inaugurationsfeier der Partnerschaft zwischen der Ruhr-Universität und der Universität Orléans-Tours, am Freitag, dem 5. Mai im Schauspielhaus sind noch im Sekretariat der Studentenschaftsbaracke erhältlich.

Sehr wichtig!
Beratung über Studienförderung aller Art und soziale Fragen ab sofort im AStA-Büro, mo bis fr von 15 bis 17 Uhr, Baracke 8.



Durst löscht man mit Schlegel



Die Diskussion

Das Ereignis ist bekannt: Der Vorsitzende des Gründungsausschusses der Ruhr-Universität Bochum, später zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Gründungsrektors beauftragt, ist zum Ehrensensator der Ruhr-Universität Bochum gewählt worden.

Eine bei den allseitig unbestrittenen Verdiensten um die Ruhr-Universität geradezu selbstverständliche (wenn auch für andere Neugründungen nicht präjudizielle) Ehrung. Wenn ich an dieser Stelle trotzdem den Versuch unternehme, einen dabei aufgetretenen Aspekt aufzugreifen, den entscheidenden vielleicht, den, wie sich aus studentischen Protest als Konsequenz ergibt, der Frage der lebenslangen Geisteshaft für politischen Irrtum, so erhebe ich gegen jedermann den Anspruch, hierbei den Versuch zu respektieren.

Die Studenten unserer Universität, deren Ehrensensatorenwürde vergeben wurde, haben Anspruch auf ein Wort dazu, von wo es auch immer komme. Um so mehr, als dieser Aspekt ein viel allgemeinerer ist, über den jeder selbst immer wieder politisch zu urteilen aufgerufen ist. Ich will deshalb auch nur allgemein einige Gedanken äußern, aus denen dann jeder für sich seine jeweiligen Antworten finden möge.

VOM RECHTEN MASS Klaus Kübler

Ein tragendes Grundrechtsprinzip unseres Grundgesetzes ist die Entfaltung- und Entwicklungsmöglichkeit des Menschen, die menschlichen Wandel und menschlichen Irrtum einschließt. Da unsere Grundrechtsordnung von dem einzelnen Menschen als dem höchsten Wert ausgeht, muß sie notwendig dessen Entwicklungsmöglichkeiten, also Wandel und Irrtum, das „errare humanum est“ einkalkulieren.

Dieser Mensch ist der Maßstab. Ein Recht auf politischen Irrtum ist der Grundrechtsordnung deshalb immanent.

Ferner: Einer der tragenden Verfassungsgrundsätze unseres Staates ist das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Unverhältnismäßig ist es aber beispielsweise, zeitlich unbegrenzt, d. h. ohne zeitliches Maß, für ein Verhalten verantwortlich gemacht zu werden. Ausdruck der Verhältnismäßigkeit ist auch die Verjährung.

Dagegen kommt es totalitären Regimen zu, zu verabsolutieren, den menschlichen Irrtum zu leugnen, um sich nicht selbst zu negieren, ohne Maß, weil absolut, zu sein, den Menschen nicht individuell — in seiner wandelnden Entwicklung und damit relativ an Zeit und Ort gebunden zu sehen, sondern ihn nach einem als absolut gesetzten Merkmal zu klassifizieren:

Weil Er Nicht-Arier ist, ist Er Volksfeind — Rassenhaft —; weil ein Mitglied seiner Familie „Volksfeind“ ist, ist Er Volksfeind — Sippenhaft —; weil Er einmal eine Auffassung vertrat, wird Er für alle Zeit danach beurteilt, mit ihr identifiziert — Geisteshaft. Diese Verabsolutierung eines Geschehnisses oder Merkmals ist totalitär, unmenschlich, anti-individuell, ideologisch. Maßstab ist nicht der (relative) Mensch mit der Möglichkeit des Wandels und des Irrtums, sondern Maßstab ist ein von einer Minderheit letztlich willkürlich gesetztes Merkmal.

Zurück zu unserer Verfassungsordnung, die in der Demokratie, die eigentlich den Dualismus von Staat und Gesellschaft nicht kennt, zugleich Gesellschaftsordnung ist und zwar in dem Sinne, daß sich die Prinzipien der Verfassungsordnung mit den Prinzipien der Gesellschaftsordnung durchdringen. Auch die Gesellschaft ist daher gehalten, den rechten Maßstab anzulegen, vom einzelnen Menschen mit seinem vielfältigen Irrtum auszugehen.

(Dr. Klaus Kübler ist Persönlicher Referent des Rektors. Er vertritt an dieser Stelle seine eigene Meinung.)

Mitarbeiter

der BSZ-Redaktion sind jederzeit willkommen! Denn diese Zeitung kann und soll noch besser werden! Notwendig ist allein, Ohren und Augen offenzuhalten: Jedes ungewöhnliche Ereignis ist eine Nachricht wert — und an der Ruhr-Universität passieren jeden Tag genug ungewöhnliche Ereignisse. (Wenn nichts passiert, ist es unsere Aufgabe, etwas passieren zu lassen!)

Damen und Herren, die schreiben und informieren wollen und die Herstellungsweise einer Zeitung kennenlernen möchten, treffen sich am Montag, dem 8. Mai, um 12 Uhr, im Leseraum der Baracke 9.

Der Pressereferent ist natürlich auch zu sonstigen Zeiten gern zu einem Gespräch bereit.

Und an alle Studierenden geht die Aufforderung, gelegentlich ruhig einmal zum Telefon zu greifen und anzurufen: 51 18 55. Hinweise und Nachrichten, Kathederblüten und was im Vorbeigehen zu finden ist: für jeden Tip, der veröffentlicht wird, zahlen wir sogar ein kleines Honorar!

Ansonsten ein erfreuliches Sommersemester 1967 wünscht allen ihren Lesern

Die Redaktion der BSZ.

„Zwang der Verhältnisse muß Reformen herbeiführen“

Staatssekretär Prof. Dr. Lübke im Gespräch mit der BSZ über Perspektiven der Bildungspolitik

Der Staatssekretär im Düsseldorfer Kultusministerium, der Bochumer Philosophieprofessor Dr. Hermann Lübke, hatte unlängst, wie Zeitungen berichteten, vorgeschlagen, vor das Studium ein College zu legen. Die BSZ wollte erfahren, ob sich dahinter konkrete Vorstellungen der Landesregierung über die Reform der Oberschulen verbergen. Prof. Lübke erklärte jedoch, daß er nur ein Gutachten des Göttinger Professors Hartmut von Hentig für den Gründungsausschuß der Ostwestfalenuniversität erwähnt habe, in dem dieser College-Plan als ein Aspekt der Universitätsreform dargestellt worden ist. Wir geben im folgenden Auszüge aus dem Interview mit Prof. Lübke wieder.

Prof. Lübke: „Ich habe nicht vorgeschlagen, zwischen Abitur und Studienbeginn ein College einzurichten, sondern ich habe auf ein Faktum aufmerksam gemacht, daß gegenwärtig noch unbekannte Konsequenzen nach sich ziehen muß.“

Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß nach gegenwärtiger Vorausschätzung die Zahl der Abiturienten zu Beginn der siebziger Jahre auf über 70 000 pro Jahr steigen wird, bei gegenwärtig gut 50 000. Und daß nach gegenwärtiger Vorausschätzung, die nicht ganz so sicher ist wie die eben genannte, wir zu Beginn der achtziger Jahre über 80 000 Abiturienten pro Jahr zu erwarten haben.“

BSZ: „Neunzig Prozent davon gehen erfahrungsgemäß zur Hochschule.“

Prof. Lübke: „Ja. Und wenn man das nun bezieht auf eine Studiendauer von fünf Jahren, die wir großzügig konzedieren wollen — und die zu erreichen ja schon ein enormer Fortschritt sein würde in vielen Disziplinen gegenüber gegenwärtigen Verhältnissen —, dann bedeutet doch das, daß wir zu Beginn der achtziger Jahre über 500 000, und zwar weit über 500 000 Studenten an unseren Universitäten zu erwarten haben würden.“

Anspruch auf jede Bildung

„Jedenfalls, die Zahl der Studierenden wird extrem zunehmen. Und nun braucht man kein Prophet zu sein, um zu sagen, daß keine wirtschaftliche Großmacht der Welt und auch die Bundesrepublik nicht in der Lage wäre, in so kurzen Zeiträumen ein ausreichendes Studienplatzangebot zu erstellen.“

Aus diesem einfachen Grund wird man sagen müssen, daß es unmöglich ist, daß diese Abiturienten, die wir zu erwarten haben, auch studieren.“

Nicht in demselben Maße, wie die Zahl der Abiturienten, steigt der Bedarf an Hochschulabsolventen gegenwärtiger berufspolitischer Definition.

Wir werden gar nicht soviel Akademiker gegenwärtiger berufspolitischer Definition gebrauchen können, als wir bei einer so großen Studentenzahl produzieren würden.“

BSZ: „Also würde das heißen, daß ein großer Teil der Akademiker in der Industrie...“

● Prof. Lübke: „...nicht mehr in Berufen gegenwärtiger Definition tätig werden können. Da man aber die ● Frage, wer soll studieren und wer ● nicht, nicht einseitig orientieren darf ● am sogenannten Bedarf, der immer ● eine sehr unsichere Größe ist — da ● man davon ausgehen muß, daß jeder ● Anspruch hat auf jede Bildung, die ● ihm angemessen erscheint, daß man ● die Planung bildungsmäßiger Ein- ● richtungen an der Nachfrage und ● nicht am Bedarf orientieren muß, ● ergibt sich also zwingend, daß ● wir ein neues Zuordnungsverhältnis ● brauchen von den Qualifikationen, ● wie sie in den höheren Bildungsgän- ● gen und der Berufswelt erworben

● werden. Das extrem hohe Zuord- ● nungsverhältnis von Studium und ● bestimmter beruflicher Tätigkeit in ● der Gesellschaft muß aufgelockert ● werden, wenn wir mit diesem Pro- ● blem wollen fertig werden.“

BSZ: „Sie sind aber auf jeden Fall da- gegen, daß man das Studium definiert von einem bestimmten beruflichen Zweck her, als Berufsausbildung.“

Prof. Lübke: „Gegenwärtig ist das Stu- dium hauptsächlich dies. Das ist eine Realität. Und dieses extrem hohe Zu- ordnungsverhältnis muß aufgelockert werden, wenn wir mit diesem Problem, das aus den Zahlen sich ergibt, fertig werden können.“

Föderalismus überholt?

BSZ: „Halten Sie nach den Erfahrungen der letzten Jahre das föderalistische System der Bundesrepublik noch für richtig, um eine wirklich effektive Bil- dungspolitik zu garantieren? Das Aus- bildungsförderungsgesetz schon kommt seit acht Jahren nicht voran. Die Em- pfehlungen des Wissenschaftsrates sind nur sehr schwer zu verwirklichen; die Bereitstellung von Finanzmitteln berei- tet erhebliche Schwierigkeiten.“

Prof. Lübke: „Die Frage ist meiner An- sicht nach zu global gestellt. Das födera- listische System hat seine Vorteile, aber es sind auch seine Grenzen erkennbar, jenseits dessen es nicht mehr zu den- jenigen Leistungen fähig ist, die wir erbringen müssen.“

Ein aktuelles Beispiel dafür: die jahre- langen Schwierigkeiten mit der Förde- rung des Universitätsprojekts Bremen. Es zeigt sich hier an dem Bremer Bei- spiel, daß man in diesem Falle Bundes- hilfe oder auch Länderhilfe der Länder gemeinsam nicht nur braucht, die In- vestitionskosten einer neuen Universität, sondern daß man die Hilfe der Länder- gemeinschaft und auch des Bundes in Anspruch nehmen muß für die Finan- zierung der laufenden Kosten. Und es war bisher selbstverständlicher Grund- satz, daß die Finanzierung der laufen- den Kosten Sache der Länder sei. Das Bremer Beispiel zeigt jedoch, daß man in diesem Fall an der Grenze der Lei- stungsfähigkeit des Föderalismus ange- langt ist.“

BSZ: „Was wäre richtiger? Ein Länder- abkommen, was vorgeschlagen wurde? Oder mehr Kompetenzen für das Bun- desministerium für Forschung?“

Prof. Lübke: „Nun, die Vorschläge gehen ja dahin, die Gemeinschaft der Länder an der Finanzierung zu beteiligen unter abermaliger Beteiligung des Bundes an dieser Finanzierungsgemeinschaft.“

BSZ: „Nach den Finanzplänen ist aber doch gar nicht möglich, daß die Länder mehr beteiligt werden, es sei denn, sie stellen andere Prioritäten, und zwar gleichmäßig. Die Reserven der Länder sind doch wohl erschöpft. Der Bund bezahlt ja jetzt schon mehr für die Bil- dungsinvestitionen als die Länder zu- sammen. Das zeigt doch, daß die Länder auch weiterhin nicht in der Lage sind.



Prof. Dr. H. Lübke

Prof. Lübke: „Nach den Konsequenzen eines Subsidiaritätsprinzips muß der Bund in demselben Maße eintreten, in dem die Länder ihre Verpflichtungen gegenüber der Förderung des Fortschritts der Wissenschaft nicht mehr erfüllen können.“

BSZ: „Man kann also noch nicht sagen, wohin die Entwicklung geht?“

Prof. Lübke: „Es muß der Druck der Verhältnisse eben noch mehr anwachsen, bis der Zwang so groß ist, daß nun auch auf der politischen Ebene die Durch- schlagenden Konsequenzen daraus ge- zogen werden.“

BSZ: „Und dabei hat die ‚Frankfurter Rundschau‘ anlässlich der letzten Ver- öffentlichungen über den Stand der Bil- dungspolitik ja schon von der ‚Bildungs- katastrophe II‘ gesprochen...“

Was geht die Studenten an?

BSZ: „Halten Sie es für notwendig, für wünschenswert oder wie sonst: die Be- teiligung der Studentenvertreter an den Beratungen der Studienreformen?“

Prof. Lübke: „Selbstverständlich! Ich möchte das generell empfehlen, indem ich unterstelle, daß auch die Studieren- den Gesichtspunkte in die einschlägigen Debatten einzubringen haben, die den Professoren gar nicht so rasch beikom- men.“

BSZ: „Das ist hauptsächlich ein Pro- blem, wie man diese Mitwirkung in den Fakultäten materiell verwirklicht.“

Prof. Lübke: „Es geht immer um die Auslegung, was ‚studentische Angele- genheiten‘ sind, an denen beteiligt zu sein, die Studenten ja immer einen An- spruch haben. Meine Meinung ist hier, daß nur derjenige darüber befinden kann, was studentische Angelegenheiten sind, der nun einmal Student ist. Der Student selbst muß darüber befinden können, was seine Angelegenheit ist. Daraus würde sich ergeben, daß die Studenten immer dann teilnehmen, wenn sie teilzunehmen wünschen.“

Genauer gesagt

In der gleichen Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in welcher der Sprachkritiker vom Dienst K.(arl) K.(orn) Eugen Gerstenmaiers Totenrede auf Konrad Adenauer als ein „Stück klassischer Prosa“ lobte, das „Numinose“ herbeizitierte, die Tradition von Thukydides und Bossuet beschwor — in der gleichen Ausgabe vom 26. 4., wengleich an weniger auffälliger Stelle, war auch von der Festnahme dreier Studenten vor der Mensa der Bonner Uni- versität zu lesen.

Angehörige des SDS (natürlich) wären es gewesen, so las man in der UPI-Meldung, und ein schwarzumrandetes Plakat hätten sie getragen mit der Aufschrift: „Ein Volk trauert um einen! Wer trauert um ein Volk? 400 000 Ermordete warten in Vietnam auf ihre Totenmesse.“

Nun ist man von den studentischen Ultras weit grellere Töne, Handgreiflicheres ge- wohnt — um so mehr muß das Vorgehen der Bonner Polizei befremden. Die Motive des Polizeipräsidenten freilich lassen sich nur schwer ergründen.

Empfand er den diskreten Hinweis auf we- niger Feierliches „hinten weit in der Türkei“ als Profanierung des historischen Augen- blicks? Fürchtete er den schlechten Eindruck auf die prominenten Trauergäste (von denen gewiß keiner in der Mensa aß)? Gar nach Berliner Plänen ein Pudding-Attentat auf Trauergast Johnson, den obersten Kriege- herrn in Vietnam?

Wir wissen es nicht, und kaum ist zu hoffen, daß beispielsweise eine parlamentarische Anfrage Aufklärung bringen wird. Einige Zeitungen werden sich gedämpften Tons entrüsten (man kann sich heute schon den- ken, welche), ein paar Leserbriefe mag es geben, und damit genug.

WEIT IN DER TÜRKEI? Jochen Vogt

In aller Peinlichkeit (gerade angesichts pro- minenter Besucher) aber bleibt die Kluft bestehen, die in diesem Lande rhetorische Theorie von politischer (lies: politizierender) Praxis trennt, eine Kluft, die nur allzu deut- lich die Schizophrenie des öffentlichen Be- wußtseins spiegelt.

Mit welcher „Sprachgewalt“ (K.K.) beschwor doch der Bundestagspräsident die Leistung des toten Staatsmannes? Was nannte er als dessen Hinterlassenschaft? — Ja: „Die wache Entschlossenheit der Deutschen zur Freiheit, ein furchtloses Rechtsbewußtsein“.

Nicht nur die inhaftierten Jungextremisten mögen solche Rhetorik als unangemessen empfinden: sie bleibt Lippenbekenntnis, wo aus Opportunität elementare Rechtsgrund- sätze mit so leichter Hand beiseite gescho- ben werden wie an diesem Dienstag vor der Mensa in Bonn.

Und wie heißt es doch so treffend bei K.K.? „Repräsentanz in unserer Lage (ist) ein fast unmögliches Ding, weil das Gemeinsame, das darzustellen wäre, fundamental in Frage steht.“ Ich nehme mir die Freiheit, dieses „in-Frage-Gestellte“ als eben jenes „furcht- lose Rechtsbewußtsein“ zu deuten, das der Rhetoriker im Plenarsaal so sprachgewaltig beschwor.

wywiad
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote - Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 - Ruf 61423

Alle Versicherungen aus einer Hand!

Alle Versicherungen bei einem großen Versicherer

Heute

Krankenversicherungen
(Nach dem Sondertarif für Studierende '570' — Empfehlungsvertrag mit dem DSW —)

Morgen

Sachversicherungen
(Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrzeug-, Feuerversicherungen etc.)

Übermorgen

Lebensversicherungen
(Kapital-, Renten-, Risikoversicherungen)

DEUTSCHER RING

Lebens-, Renten-, Kranken-, Sachversicherungen
Bezirksdirektion Bochum, 4630 Bochum
Kortumstraße 17, Ruf: 6 13 54 / 55





LEO WRIGHT hat an vielen europäischen Jazzkonzerten und Jazzfestivals teilgenommen. Er hat in den führenden Jazzlokalen Europas gespielt, aber er sagt: „Am schwersten habe ich es in dem Land getroffen, in dem ich am meisten gewesen bin — in Deutschland“. Leo Wright tritt ebenfalls am 5. Mai beim französisch-deutschen Fest der Studentenschaft in der Ruhrland-Halle auf. Wird er ein besseres Publikum haben? Außerdem: Knut Kiesewetter, Deutschlands Blues-Sänger Nr. 1, das Fritz-Pauer-Trio und die Low-Beats.



SIBYLLE, 22 Jahre alt, ist die zweite Sängerin der City-Preachers aus Hamburg. Sie sammelt Volkslieder und Songs und hat sie dort gelernt, wo sie original gesungen werden. Am Freitag, 5. Mai, tritt sie zusammen mit den City-Preachers in der Ruhrland-Halle auf, eine Veranstaltung der Bochumer Studentenschaft.



DAS IST INGA, 19 Jahre alt, die bei den City-Preachers zur „Folklore-Königin“ Deutschlands wurde. — Das französisch-deutsche Fest der Studentenschaft am Freitag, 5. Mai, in der Ruhrland-Halle bietet ein einmaliges Programm mit der Avantgarde in Beat, Jazz, Folklore und Tanz.



JOHN, der eigenwillige „Leader“ der City-Preachers, am 5. Mai in Bochum.

Wird Berlin ein neues Berkeley?

BERLIN. (dpa/BSZ) Pünktlich zu Semesterbeginn brach die an der Freien Universität seit nunmehr 2 Jahren schwebende Krise wieder in offenen Streit aus. Der akademische Senat beschloß, „endlich einmal durchzugreifen“, und als Antwort organisierte der AStA prompt den hartnäckigen Protest der Studentenschaft.

Der AStA hatte schon zum Ende des Semesters gegen die Pauschalierung der Gebühren Widerstand angekündigt. Außerdem widersprach er den verschärften Rückmeldebestimmungen. Dann machte die „zwanzigköpfige Gruppe selbsternannter Anarchisten“ (so das „Extra-Blatt“) des SDS (auch „Mao-Gruppe“ genannt) wieder von sich reden. Während des Besuchs des US-Außenministers Humphrey überraschte sie die Polizei im Dachzimmer des zur Zeit in Amerika weilenden Schriftstellers Uwe Johnson, wo sie mit Chemikalien hantierten.

Am nächsten Tag gebaren die Schlagzeilen der westdeutschen Presse die „Humphrey-Attentäter“. Das Extra-Blatt stellte fest: „Urheber des Bombenalarms war diesmal der amtliche Polizeibericht“. Und: „Westberlins Kleinbürger bekamen so das richtige Argument gegen die ohnehin lästigen Studenten geliefert“. Denn die hatten am selben Abend, vom AStA aufgefordert, zu einer Vietnam-Demonstration aufgerufen. Das Maß schien voll.

Am 19. April rief der AStA wiederum zu einem Sit-in im Auditorium Maximum. Der akademische Senat wollte die Förderungswürdigkeit dem SDS wieder

absprechen, den AStA-Haushalt (um 47 000 DM) kürzen, sowie auf Antrag von Prof. Fränkel beschließen, ob die Veröffentlichung von Vorlesungsrezensionen im „FU-Spiegel“ rechtens sei.

Als die Versammlung (etwa tausend) sich gegen 22 Uhr nicht auflöste, rief Rektor Lieber die Polizei. Sie schaffte es nicht, den Widerstand zu brechen. Um 1.15 Uhr räumten die Studenten freiwillig den Henry-Ford-Bau.

„Mitglieder der ‚Kommune‘ entrollten chinesische Wandzeitungen“ (F.A.Z.). Daraufhin schalteten sich Bürgermeister Albertz und die Fraktionsvorsitzenden des Abgeordnetenhauses ein. Folge: Der Senat will Disziplinarmaßnahmen gegen die sogenannten „Humphrey-Attentäter“, sowie gegen die AStA-Mitglieder (Häußermann, Nevermann, Lefevre, Wilhelm) einleiten. Begründung: „Druck erzeugt Gegendruck“. Die Gehälter der Studentenvertreter wurden schon einkassiert.

Die letzten Meldungen besagen: Häußermann hat alle am 19. April demonstrierenden Studenten aufgefordert, gegen sich selbst Disziplinerverfahren zu beantragen. Der Konvent sprach Häußermann in der vergangenen Woche mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen aus. Die Stimmung der ganzen Studentenschaft soll in einer Urabstimmung festgestellt werden (weshalb die Berliner AStA-Mitglieder auch nicht, wie geplant, zu einer Konferenz nach Bochum kommen konnten).

Am 3. Mai wird voraussichtlich ein neues Sit-In stattfinden.

„Laßt doch Lübke sprechen“

BONN. (BSZ) „In Griechenland Terror!“ schrie in der vergangenen Woche ein rotes Plakat, mit dem der Bonner AStA zu einer „Solidaritätskundgebung für die griechischen Demokraten“ im Hörsaal IX aufrief. Wenig später waren sie überpöbele: „Vom Rektor verboten! Trotzdem!“ Man ging in die Mensa.

Der Widerspruch des Rektors gab natürlich dem Protest Auftrieb. Der Bochumer AStA-Vorsitzende Ernrich gab vom Katheder die Anteilnahme der Studierenden der Nachbaruniversität zu verstehen. Was die Studentenvertretung da mache, so hieß es aus dem Rektorat, sei „Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines befreundeten Landes“.

Während der Versammlung wurde auch bekannt, daß die Universität eine Veranstaltung am 8. Mai zu untersagen gedanke. An dem Tag soll Frau Prof. Faßbender sprechen, von der Bundespräsi-

dent Heinrich Lübke gemeint hatte, sie sei der „Palme Académique“ nicht würdig.

Auch hier soll der amtierende Rektor den Studenten gesagt haben, die Einladung an Prof. Faßbender sei eine „Provokation“. Darauf eine Stimme von den hinteren Bänken: „Dann laßt doch Lübke sprechen!“

Lübke ist übrigens Ehrensensator der Bonner Universität. Und ihm hatte der AStA erst kürzlich mit einer „Negativdokumentation“ aufgewartet, in der der Alma Mater im Bundesdorf das nahe bevorstehende Chaos im Lehrbetrieb prophezeit wurde.

Der amtierende Rektor, der das Veto einlegte, war niemand anders, als Prof. Moser, der schon einmal wegen seiner unklaren Rolle bei der Aberkennung der Ehrendoktorwürde Thomas Manns im Dritten Reich eine schlechte Presse hatte.

Dortmund spart 36 Lehrstühle

DORTMUND (dpa) — Die Zusammenarbeit der Ruhr-Universität Bochum und der künftigen Universität Dortmund soll zu einer Einsparung von 36 Lehrstühlen führen. Kultusminister Holthoff erklärte, daß entgegen den ersten Strukturplänen gegenwärtig die ingenieurwissenschaftlichen Abteilungen beider Hochschulen aufeinander abgestimmt werden.

Neben der Einsparung an Lehrstühlen vermindern sich die Investitionskosten um 216 Millionen Mark und die laufenden Ausgaben um fünf Millionen Mark jährlich. Dortmund wird die Abteilungen Verfahrenstechnik und Technische Chemie, Fertigung, Elektrotechnik, Architektur und Raumplanung erhalten. Die Ruhr-Universität wird sich auf Konstruktionstechnik und Elektrotechnik spezialisieren.

Zum Wintersemester 1968/69 werden die ersten Studenten in Dortmund erwartet. Das Aufbau- und Verfügungszentrum soll zu diesem Zeitpunkt fertiggestellt sein. Die weiteren Planungen sehen im Jahre 1969 die Inbetriebnahme der Bibliothek, der Mensa und des Hörsaalgebäudes vor. 1969 werden etwa 1000 Studierende in Dortmund mit dem Studium beginnen können.

Examen objektiver

KASSEL. (dpa) Examennoten dürfen von den Prüfern nicht nach freiem Ermessen festgelegt werden. Sie sind insoweit gebunden, als sie die allein gerechte und die richtige Note zu erforschen und zu vergeben haben.

Diese Entscheidung traf der Zweite Senat des hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel auf eine Klage eines Rechtskandidaten. Das Gericht stellte fest, daß das abschließende Ergebnis der Ersten juristischen Staatsprüfung gerichtlich nachprüfbar ist. Der Kläger hatte sein erstes Staatsexamen mit der Note „Befriedigend“ bestanden, aber auf Aufhebung der Prüfungsentscheidung geklagt, weil u. a. die Aufgabe für die öffentlich-rechtliche Klausur unter Verstoß gegen die juristische Ausbildungsordnung — § 15 Absatz 3 Satz 1 — fehlerhaft gestellt worden sei. Der Verwaltungsgerichtshof wies ihn in der Sache ebenso ab wie die erste Instanz.

WELLAUER'S
PIPE
TOBACCO
ENGLISH BLEND 3.50 DM
Gratisprobchen
PLANTA · TABAK · BERLIN 61

BSZ-Leser antworten

An der Ruhr-Universität ist nur die seit WS 65/66 bestehende Gewerkschaftliche Studentengruppe „Hans-Böckler-Kreis“ (HBK) berechtigt, die Bezeichnung „Hans-Böckler-Kreis“ zu führen. Der Anfang März 1967 gegründete

GAST ist nicht berechtigt — entgegen der Meldung in der BSZ Nr. 3 vom 22. 3. 1967 (Seite 2 mit der Überschrift „Front verkehrt“) — den Untertitel „Hans-Böckler-Kreis“ zu verwenden. Der Vorstand: Schossig

Sexualberatung? Kein Problem!

„Mal sehen, ob Herr Lahme einen Job für mich hat.“ Das ist schon eine stehende Redewendung für Studierende geworden, die ihr Taschengeld aufbessern wollen (und oft auch müssen). Herr Lahme leitet die Studentenvermittlung in Baracke 9. „Jeder, der einmal bei mir war, hat auch früher oder später Arbeit bekommen“, sagte er der BSZ.

Seit November 1965, als das Büro in Zusammenarbeit mit der Studentenvertretung eingerichtet wurde, sind die Zahlen der Gesuche und der Vermittlungen ständig gestiegen. Etwa 10 Prozent aller Studierenden an der Ruhr-Universität nehmen den Service in Anspruch. Einen Rekord brachte der März 1967. Doch standen 387 Nachfragen nur knapp 134 Angebote gegenüber, eine Nachwirkung der angespannten Lage am Arbeitsmarkt. Aber Herr Lahme versteht es immer, doch noch eine Stelle ausfindig zu machen. Dazu gehört auch die Auswertung der Kleinanzeigen in den Zeitungen schon vor der Bürozeit. Durchs Telefon konnte so Herr Lahme anderen Bewerbern oft voraus sein, zugunsten von Studenten, die den Job erhielten.

Hier ist es oft passiert, so sagte Herr Lahme der BSZ, daß die Firmen und besonders die Privatleute entweder von der Existenz der Studentenvermittlung nichts wußten oder aber ihre praktisch unbegrenzten Möglichkeiten unterschätzten. „Besonders im Rahmen der Privatdienstleistungen sind wir nach allen Seiten hin offen, beweglich und anpassungsfähig.“ Diese Tatsache verdankt das Büro

einer Kartei, die von Anfang an geführt wurde, und in der alle Fähigkeiten und Merkmale der arbeitssuchenden Kommilitoninnen und Kommilitonen festgehalten sind. So ist die Vermittlung zu jeder Zeit in der Lage, für einen angebotenen Job die passende Dame oder den passenden Herrn zu finden. „Nachhilfestunden konnten z. B. meistens noch am gleichen Tage vermittelt werden, an dem angefragt wurde.“

Das Gespräch kam auf den Sexualberatungsdienst, den die Studentenvertretung in Berlin und München eingerichtet hat. „Auch wir“, versichert Herr Lahme, „wären bei Bedarf sofort in der Lage, dafür geeignete Studentinnen und Studenten heranzuziehen, einzuweisen und zu vermitteln, an Eltern, die sich selbst genieren, ihre Kinder aufzuklären.“

Das Büro hat schlechthin alles „auf Lager“: drei komplette Kapellen, Mannequins, Trauzeugen, Schwerarbeiter, Bürokräfte, Teppichklopfer, Reiseleiter und was es an denkbaren Beschäftigungen sonst noch gibt. Es wäre zu wünschen, daß in der Bochumer Bürgerschaft die Kapazität der Studentenvermittlung mehr bekannt wäre.

Aber auch solche Geschichten passieren: Ein Student sollte eine harmlose Detektivaufgabe übernehmen (Überwachung eines angeblich treulosen Ehemannes). Dazu ließ er sich von einem Freund das Auto, schnitt aber über seine Tätigkeit auf. Wenig später stand in der „Rundschau“ eine abenteuerliche James-Bond-Story...

Hasemann will eine Zwangsreform

Kommt Plenardebatte im Bundestag über Bildungspolitik?

BONN. (dpa) Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion strebt eine Plenardebatte im Bundestag über die Studienreform nach vor der Sommerpause an. Der Arbeitskreis VI für Wissenschaft und Publizistik der CDU/CSU-Fraktion hörte zu Fragen der Studienreform den Präsidenten des Wissenschaftsrates, Prof. Dr. Leussink, und den WRK-Präsidenten Prof. Dr. Rudolf Sieverts sowie den Generalsekretär des Wissenschaftsrates, Hasemann.

Wie Teilnehmer berichteten, deutete Hasemann an, daß künftig nur solche Hochschulen Förderungsmittel des Bundes erhalten sollten, die die Studienreform vollziehen. Der CDU-Abgeordnete Hans Dichgans regte an, die Kultusministerien sollten in regelmäßigen Abständen eine Liste veröffentlichen, aus der zu ersehen sei, an welchen Hochschulen die Vorschläge des Wissenschaftsrates bereits verwirklicht seien. In der Diskussion äußerte Leussink

Zweifel an der Riese-Studie zur Schätzung des Bedarfs an Akademikern 1980. Die Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen und die Mitglieder des Arbeitskreises wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Frage gründlich zu prüfen, ob das Abitur auch künftig noch die einzige Voraussetzung für die Zulassung zum Studium bleiben soll. Der Arbeitskreis will am 27. April Vertreter der Studentenschaften zur Studienreform hören.

Was tat Kühn im Fall Wenke?

Fortsetzung von Seite 1

Ob das Kommentieren noch so leicht fällt angesichts etwa solcher belegten Äußerungen? „In den letzten Jahren“, so offenbarte Prof. Wenke 1938, „fiel mir die Aufgabe zu, im Rahmen des Flüchtlingshilfswerkes der NSDAP junge Österreicher zu unterrichten, die ihren Bildungsgang auf den höheren Schulen ihrer Heimat nicht fortsetzen durften, weil sie sich offen zum Reichsgedanken und zum Führer der Deutschen und zu der nationalsozialistischen Bewegung bekannten“. Es sei auch noch daran erinnert, daß

der jetzige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn sich im Frühjahr 1965, als alle Welt von der Affäre sprach, als Fraktionsvorsitzender seiner Partei durchaus nicht sträubte, wegen des Vorsitzenden des Gründungsausschusses bei Kultusminister Prof. Mikat vorzusprechen.

Danach hieß es dann lediglich, die Affäre habe sich durch die Wahl Prof. Greevns zum Rektor „erledigt“. Der Senat der Ruhr-Universität beschloß (bei einer Stimme Enthaltung), sie wieder der frischen Luft auszusetzen... dr.

Professoren als Politik-Berater

BONN. (dpa) — Eine bessere Auswertung wissenschaftlicher Informationen für die politische Planung hat der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses des Bundestages, Dr. Ulrich Lohmar (SPD) gefordert. Lohmar kritisierte vor dem Arbeitskreis der höheren Beamten der Gewerkschaft ÖTV in Bonn, daß keine Instanz innerhalb der Bundesregierung die wissenschaftlichen Beiträge der 850 deutschen Professoren auswerte, die die Bundesregierung ständig oder gelegentlich betrieht. Eine Clearing-Stelle zur Rationalisierung und Auswertung des wissenschaftlichen Informationsflusses müsse geschaffen werden. Eine Forschungskartei solle Übersicht und Ordnung in die auf die Bundesverwaltung bezogene Forschung bringen.

Geographische Forschungen

In Zusammenarbeit mit Professor Dr. Markos, Budapest, wurde in der zweiten Aprilhälfte eine Studienfahrt des Geographischen Institutes unter Leitung der Professoren Dr. Hottes und Dr. Schöller (Geographisches Institut) nach Österreich und besonders nach Ungarn durchgeführt. Neben einer allgemeinen siedlungs-, sozial- und wirtschaftsgeographischen Zielsetzung wurden die Schwerpunkte der ungarischen Industrie- und Regionalplanung aufgesucht. Professor Dr. Hafemann (Lehrstuhl für Geographie) führte in den beiden Ferienmonaten eine Forschungsreise nach Algerien durch, die die Untersuchung und kartographische Aufnahme von Siedlungen und zugehörigen Wirtschaftsflächen im 4. nachchristlichen Jahrhundert zum Ziele hat.

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) der Studentenschaft an der Ruhr-Universität. Vorsitzender: Roland Ernrich. Redaktion: Ulrich Dröge (Referent für Öffentlichkeitsarbeit)

Idee - Layout: Hendrik Bussiek
Anschriß: 463 Bochum, Lennershofstr. Nr. 66 (Ruhr-Universität). Tel.: 51 18 55.
Bankverbindung: Westfalenbank AG, Kto.-Nr. 906 859
Druck: Druckhaus Schürmann & Klagges Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16, Ruf 6 47 46-48, Telex 0 825 514.

... gleich neben der Mensa
IHRE
BUCHHANDLUNG
BROCKMEYER
463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 70 - Telefon 51 13 60



In hoc signo..

Mit diesem Zeichen soll im Sommersemester (wie schon berichtet) ein Mitfahrerdienst zwischen der Stadt und der Universität organisiert werden. Kraftfahrer geben durch den roten Punkt an der Windschutzscheibe an, daß sie bereit sind, studentische Anhalter jederzeit mitzunehmen. Für Anhalter selbst soll es eine Erleichterung sein, Bereitwillige zu erkennen. Regelrechte Haltestellen einzurichten, wie der Vorstand der Studentenschaft geplant hatte, erwies sich als aussichtslos, da es gegen das Personenbeförderungsgesetz verstoßen hätte. Das Monopol für die Personenbeförderung hat in Bochum aber die BoGeStra. Immerhin will sie im Sommersemester wenigstens die Busse der Linie 51 zehnminütig verkehren lassen. Die Außenbezirke allerdings müssen sich einstellen mit den äußerst mangelhaften Verkehrsverbindungen noch abfinden.

wywiad
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote - Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 - Ruf 61423

Freizeitsport im Sommer

Das Sportreferat des ASIA hat zusammen mit dem Institut für Leibeserziehung für das Sommersemester wieder den Freizeitsport an der Ruhr-Universität organisiert. Wir geben an dieser Stelle die Übungszeiten bekannt.

- Leichtathletik:** freitags 18-20 Uhr (Sportplatz Querenburg)
- Fußball:** montags 18-20 Uhr, freitags 11.40-15.45 Uhr (Sportplatz Querenburg)
- Karate:** dienstags und donnerstags 19.30 bis 21 Uhr (Aufenthaltsraum des Staatl. Wohnheims I an der Laerholzstraße)
- Judo:** mittwochs 18-20 Uhr (Staatl. Wohnheim I)
- Boxen:** dienstags und donnerstags 18 bis 19.30 Uhr (Staatl. Wohnheim I)
- Basketball:** mittwochs 18-20 Uhr (Training der Wettkampfmannschaft; Sporthalle Waldschule) montags 17-18 Uhr (Friederikastr.)
- Turnen, Trampolin:** montags 18-20 Uhr (am Neggenborn)
- Rudern:** montags und mittwochs 14-19 Uhr (in Witten)
- Gymnastik und Spiel:** freitags 18-20 Uhr (am Neggenborn)
- Volleyball:** donnerstags 20.15-22 Uhr (Wettkampfmannschaft; Sporthalle Waldschule) freitags 18-19 Uhr (Waldschule)
- Handball:** mittwochs 18-20 Uhr (Sportplatz Querenburg)

Das genaue Semesterprogramm wird auch noch durch Aushang gesondert bekanntgemacht.

Vergünstigung durch höhere Fahrpreise?

BONN. (dpa) — Der Wissenschaftsausschuß des Bundestages hat sich dafür eingesetzt, Schülerfahrkarten auch über das 27. Jahr hinaus zu gewähren. Die gegenwärtige Begrenzung auf 27 Jahre soll aufgehoben werden.

Der Wissenschaftsausschuß hat keine Vorschläge zur Deckung des dadurch entstehenden Einnahmefehlers der Bundesbahn unterbreitet. Der Haushaltsausschuß wird in dieser Frage endgültig entscheiden.

In Bonn wird davon gesprochen, daß zum Ausgleich die Schülerfahrkarten im Preis um zwei Prozent steigen sollen.

Termine und Treffpunkte

STUDENTENSCHAFT. — 4. Mai (Himmelfahrt): Diskussion mit israelischen Studenten; 9.30 Uhr, Baracke 9. Interessierte willkommen.
5. Mai: Französisch-deutsches Fest in der Ruhrland-Halle, mit internationalem Programm. Beginn: 19 Uhr.
STUDENTENGEMEINDEN. — 3. Mai: Erstes Kontaktgespräch der ESG, besonders für Neumatrikulierte. 20 Uhr, Baracke 9.
5. Mai: „Mit dem Glase besehen“ — Klön am Freitagabend (ESG); 20 Uhr, Baracke 9.
8. Mai: Offener Abend; die KSG stellt sich vor (besonders für Neumatrikulierte); 20 Uhr, Haus Michael.
9. Mai: „Weltproblem China“. — Prof. Dr. T. Grimm, Ruhr-Universität, Ostasien-Institut (KSG); 20 Uhr, Hörsaal A I.
„Probleme der Erziehung“ — Analyse und Diskussion von Texten (Ltg. Dr. Mittelstädt, Inst. für Pädag.); 20 Uhr, Baracke 9 (ESG und KSG).
10. Mai: Kreis der Laientheologen (KSG); 20 Uhr, Haus Michael.
„Aktuelle Probleme der ökonomischen Christenheit“ (Ltg. Prof. Dr. Wolf); 20 Uhr, Baracke 9 (ESG und KSG).
11. Mai: Arbeitskreis Ost über „Die Religionskritik des Marxismus“ (Ltg. M. Stankowski); 20 Uhr, Haus Michael (KSG und ESG).
KSIV RHENO-MEROVINGIA (Marienstraße 14-18, Kolpinghaus). — 3. Mai: Antrittskneipe in der „Bürgergesellschaft“ (Gäste willkommen).
6. Mai: Kegelnabend (mit Gästen).
11. Mai: Faßbier- und Bratwurstabend (mit Gästen).
NEUE BOCHUMER BURSCHENSCHAFT (Hevener Str. 335). — 3. Mai: Maibowle, 20 Uhr im „Ruhrtal“.
4. Mai: Himmelfahrtswanderung zur Burg Blankenstein; Treffpunkt 11 Uhr Mensa.
10. Mai: Gästeabend im „Ruhrtal“ für neuimmatrikulierte Studenten.
SILESIA HALE ZU BOCHUM (Klinikstraße 87). — 2. Mai: Begrüßungsabend im „Schlegelbräu“, 19.30 Uhr.
4. Mai: Maibummel ins Ruhrtal.
9. Mai: Semesterantrittskneipe, 20 Uhr, (Bürgergesellschaft).
11. Mai: Romantica, silesianische Nacht (20 Uhr).
(An dieser Stelle werden regelmäßige Termine und Treffpunkte angezeigt, sofern sie der Redaktion bekanntgemacht worden sind.)

Flug in die USA für 760 DM

Die AIESEC bietet in diesem Jahr wieder einen Flug in die Vereinigten Staaten für nur 760 DM an (Hin- und Rückflug). Die Anmeldung ist bis zum 1. Juni möglich. Berechtig, den Service zu beanspruchen sind alle eingeschriebenen Studierenden, sowie ausländische Wirtschaftsstudenten. Alle näheren Auskünfte gibt das Bochumer Büro der AIESEC, das sich jetzt in der Studentenschaftsbaracke hinter der Mensa befindet.

Nachrichten aus der Universität

Einen Ruf an die Ruhr-Universität erhielten:
Professor Dr. Erwin Scheele, Technische Hochschule Karlsruhe, auf den Lehrstuhl für Wirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft;
Privatdozent Dr. Peter Cramer, Universität Tübingen, auf den Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozeßrecht und allgemeine Rechtslehre.

Professor Dr. Joachim H. Knoll (Lehrstuhl für Praktische Pädagogik) wurde von der Universität Chicago zu einem Seminar für „Administrators of University Adult Education“, das in der Zeit vom 26. Juni bis zum 14. Juli 1967 stattfindet, eingeladen.

Professor Dr. Tilemann Grimm (Lehrstuhl für Chinesische Geschichte) besuchte auf Einladung der Akademie der Wissenschaften der CSSR in der Zeit vom 10. bis zum 22. April 1967 die Institute für Orientalistik in Prag und Bratislava. Nach einem Vortrag über das Thema „China und das Chinabild von Leibniz“ diskutierte er mit tschechischen Kollegen über die Frage des Einflusses der chinesischen Philosophie auf das Denken von Leibniz und der europäischen Aufklärung. In Bratislava erläuterte Professor Dr. Grimm die neue Struktur der Ruhr-Universität Bochum. Zur Teilnahme am XIX. internationalen Sinologentag im September d. J. in Bochum werden mehrere Vertreter der Chinakunde aus der CSSR erwartet.

Das Kernphysikalische Institut der Universität Münster hofft den Beschleuniger der Universität Bochum später mitbenutzen zu können, nachdem feststeht, daß es keinen eigenen erhalten wird.

Professor Dr. Friedrich Sommer (Lehrstuhl für Mathematik) wurde von der Abteilung für Mathematik für die Amtszeit vom 15. April 1967 bis zum 14. April 1968 als Dekan wiedergewählt. Prodekan ist weiterhin Professor Dr. Günter Ewald;

Professor Dr. Wolfgang Kluxen (Lehrstuhl für Scholastik und Mittelalterliche Philosophie) wurde von der Abteilung für Philosophie, Pädagogik, Psychologie für die laufende Amtszeit des Senators (bis zum 15. 10. 1968) zum stellvertretenden Senator gewählt. Ebenfalls wurde Prof. Kluxen für das laufende Amtsjahr des Dekans (bis zum 15. 10. 1967) zum Prodekan gewählt.

Professor Dr. Hermann Specker (Lehrstuhl für Anorganische Chemie) wurde von der Abteilung für Anorganische Chemie weiterhin für das Amtsjahr vom 16. 4. 1967 bis zum 15. 4. 1968 zum Dekan gewählt.

Professor Dr. Günter Warda (Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozeßrecht) wurde von der Rechtswissenschaftlichen Abteilung zum Dekan für die Amtsperiode vom 15. 4. 1967 bis zum 14. 4. 1968 und zum Senator der Rechtswissenschaftlichen Abteilung für die Amtsperiode vom 15. 4. 1967 bis zum 14. 4. 1969 gewählt. Zum stellvertretenden Senator wurde **Professor Dr. Hermann Dilcher** (Lehrstuhl für Rechtsgeschichte der Neuzeit und Bürgerliches Recht) gewählt.

Uwe Janssen, 29 Jahre alt, langjähriger Spitzenfunktionär des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) und 1965/66 dessen Vorsitzender, der endlich sein Studium (klassische Archäologie) zu Ende bringen will, hat sich zum Sommersemester an der Ruhr-Universität einschreiben lassen: „Hier kenne ich die wenigsten Leute“.

Die Studentenzeitschrift „**MoDell**“ hat gegenüber dem jetzigen leitenden Redakteur der „Ruhr-Reflexe“, Hübner, Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Der Grund der etwas abenteuerlichen Querelen liegt fast ein Jahr zurück. Das Urteil wird noch im Mai erwartet. Die Redaktionen beider Zeitschriften kündigten ihr Erscheinen zum Semesterbeginn an.

Wir freuen uns über die Geburt unseres Sohnes Jan.

Gabriele Simon Joachim Simon
geb. Geroth stud. phil.
Bochum, im April

Wir tragen die Ringe nicht nur wegen des Hausverlobt!

Wir sind wirklich verlobt!
Christine-Ruth Krause
Horst-Dieter Topp

Schallplatte mit der Originalreportage von Herbert Zimmermann über das Weltmeisterschaftsspiel im Fußball Ungarn — Deutschland 1954 in Brno am Ständehaus zu verkaufen. Angebote unter A 101 an die BSZ, Bo., Lennershofstraße 66.

Gebrauchtwagen, verschiedene Marken, TÜV-abgenommen, zuverlässig und preisgünstig, an Studenten jederzeit zu verkaufen. Finanzierung (kleine Raten) möglich. Nähere Auskunft: Pressereferat des ASIA, Baracke 8, Telefon 51 18 55.

Mehrere VW aller Jahrgänge, 500 DM bis 1500 DM, fahrbereit und bester Zustand, an Studenten zu verkaufen. Nähere Auskunft: Pressereferat des ASIA, Baracke 8, Telefon 51 18 55.

Attraktive, französisch-sprechende Studentin für eine Wochenendfahrt nach Paris gesucht. Zuschriften an die BSZ, Bo., Lennershofstraße 66, unter Chiffre A 100.

Wer ADLER schreibt bei ADLER bleibt!
Miete - Mietverkauf

Loewe
Adolf Loewe
Bochum
Kortumstraße 95
Ruf 62341

„Lieber Sie nicht“

... auch Sie könnten mal krank werden

Das es keine Garantie für immenswährende Gesundheit gibt, hat der „Dokter“ sogar recht. Jeden Menschen kann es erwasen. Eine Krankheit kann die DVV die hohen Kosten übernimmt.

Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt!

Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Holtenauerweg 62, Telefon 2 24 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.G. Filialdirektion Bochum, 4620 Bochum, Kortumstr. 66, Telefon 8 66 46-48 oder Studentenwerk Bochum a. V., Dienstags 12.00 bis 14.00 Uhr

Haben Sie schon Ihr Urlaubsgeld beisammen? Haben Sie wichtige Anschaffungen zurückgestellt? Möchten Sie in Ihrer Freizeit noch fleißig verdienen?

Wir vermitteln Ihnen eine lohnende und zugleich eine interessante Tätigkeit. Arbeitszeit und Arbeitsort bestimmen Sie!

Je aufgeschlossener und einfallreicher Sie sind, desto erfolgreicher werden Sie Ihre Arbeit gestalten, die haupt- oder nebenberuflich ausgeübt werden kann.

Die Tätigkeit ist seriös, erfordert keine speziellen Kenntnisse und ist für Damen und Herren jeden Alters und jeden Berufes gut geeignet.

Wenn Sie kurz Ihre Anschrift mitteilen, informieren wir Sie gern und unverbindlich.

B. C. HINZ, METALLWAREN 5904 Eiserfeld/Sieg
Fach 85

N.S. Falls Sie von diesem Angebot keinen Gebrauch machen wollen, könnten Sie doch mal überlegen, ob einer Ihrer Bekannten der Gesuchte ist.

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
HANS SCHALLA
SCHAUSPIELHAUS
FAUST (I. Teil), von Goethe

SPIELPLAN
für die Zeit vom 3. bis 16. Mai 1967

3. 5. (Mi.), 6. 5. (Sa.), 7. 5. (So.), 10. 5. (Mi.), 16. 5. (Di.)	7. 5. (So.) zum letzten Male!
4. 5. (Do.), 5. 5. (Fr.)	Beginn der Vorstellungen: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben.
8. 5. (Mo.), 12. 5. (Fr.)	(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen
9. 5. (Di.), 11. 5. (Do.), 13. 5. (Sa.), 15. 5. (Mo.)	Karten für Studierende 50 Prozent ermäßigt (außer bei Premieren). Jeweils eine Stunde vor Beginn der Vorstellung an der Abendkasse erhältlich.
14. 5. (So.)	

WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle Ruhr-Universität Lennershofstr. 70 Tel.: 511315

Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Das „Honnefer Modell“ wird jedoch nur in unserer Zweigstelle Ruhr-Universität ausgezahlt.

WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestr. 21-25

KUNST & BÜCHER-SCHEUNE

... gleich hinter der Mensa

Beachten Sie das besonders günstige Angebot von **OLYMPIA-SCHREIBMASCHINEN** in ihrem Studentenwerk, Baracke 8, hinter der Mensa

Freitisch!

Anträge auf Freitische können noch bis zum 10. Mai in der Geschäftsstelle der Studentenschaft (Baracke 8) gestellt werden.

Kleinanzeigen in der BSZ lohnen sich immer! Weitestre Verbreitung an der Ruhr-Universität! Bei normalen Inseraten (im Kleindruck) kostet jede begonnene Zeile nur 50 Pfennig; bei eingerahmten Anzeigen kostet jeder Millimeter Höhe (pro Spalte) nur 30 Pfennig.

KUNDGEBUNG Sonntag, den 7. Mai 1967 um 10 Uhr in der **RUHRLANDHALLE**

Hermann SCHWANN Aufgaben einer Opposition
Dr. Hjalmar SCHACHT (Reichsbankpräsident a. D.) Zur Wirtschafts- und Finanzlage
August HAUSSLEITER Ein Programm für Deutschland

6. Mai, 20.15 Uhr
Schweigemarsch gegen Krise und Krieg
Beginn an der Lothringer Straße (Zeche) zur Abschlusskundgebung in Bochum-Gerthe

AUD
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher